Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 44 (1950)

Heft: 12

Artikel: Weltrundschau : der "neue Krieg" ; Bankerott [i.e. Bankrott] einer Politik ; Nur aufgeschoben? ; "Zuerst Europa" ; Die neuen Bundesgenossen ; Der Kampf um den Frieden ; Die rechte Wehr

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139412

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WELTRUNDSCHAU

Der „neue Krieg" Die Weihnacht mit ihrer Friedensbotschaft steht vor der Tür — und fast muß man sagen: der dritte Weltkrieg auch. Nichts kennzeichnet schärfer als dieses Zusammentreffen den traurigen Verrat der Christenheit an ihrer Sendung. Denn es sind ja doch, was man auch dagegen sagen mag, vorab die sogenannten christlichen Völker — nicht die «heidnischen» und «gottlosen» —, die dafür verantwortlich sind, daß die Welt heute ganz nahe am Rande der ungeheuerlichsten Vernichtungskatastrophe steht. Soweit es sich um die Ereignisse der letzten paar Wochen handelt, gibt das mindestens in Europa bald jeder redliche Beobachter zu. Bereits das erste, nur mit beschränkten Kräften erfolgte Eingreifen *Chinas in Korea* war, wie in unserer November-Rundschau festgehalten wurde, von General MacArthur selbst, dem Oberkommandierenden der UNO-Streitkräfte in Korea, ganz bewußt heraufbeschworen worden. «Die meisten Menschen außerhalb der Vereinigten Staaten (und Formosa)», so bemerkt neuerdings der «New Statesman» (2. Dezember), «verstanden die erschreckende Gefährlichkeit seines Vormarsches gegen die Landenge und dann, trotz seiner Erklärung, daß der nordkoreanische Widerstand aufgehört habe, gegen die mandschurische Grenze. Jeder erfahrene Diplomat und Journalist in Europa wußte, daß sich die Chinesen nur im Rahmen des hergebracht Normalen hielten, wenn sie zum Schutz ihrer Grenze mobilisierten, als MacArthur vorrückte, und daß man nicht erwarten konnte, China werde jetzt die Versicherungen der Vereinten Nationen annehmen, nachdem man ihm früher zu verstehen gegeben hatte, daß die UNO-Streitkräfte nicht über die Landenge hinaus vordringen würden.»

Daß die Chinesen nicht mutwillig losschlugen, geht auch daraus hervor, daß sie sich nach ihren ersten Erfolgen demonstrativ noch einmal zurückzogen, anscheinend in der Hoffnung, bei den Vereinten Nationen werde man die Warnung verstanden haben. Aber nein — man faßte das nur als Schwäche auf und ermächtigte MacArthur, eine neue Großoffensive einzuleiten, die ihn, wie er großmaulig versprach, bis an die Grenzen Chinas und der Sowjetunion hinführen werde, und zwar so blitzartig, daß «our boys», unsere braven Jungen, ihren Weihnachtsbraten würden zu Hause bei Muttern verspeisen können. Es kam ein wenig anders. Jetzt schlugen die Chinesen mit voller Macht zurück. Die amerikanisch-südkoreanische Front brach unter dem Ansturm der chinesischen «Freiwilligen», die natürlich nichts anderes als von der Pekinger Regierung entsandte reguläre Truppen sind, gänzlich in Stücke, die UNO-Streitkräfte fluteten in hastigem Rückzug südwärts und immer weiter südwärts, und heute stehen die nordkoreanisch-chinesi-

schen Armeen bereits jenseits des 38. Breitengrades, ohne daß abzusehen wäre, wo ihr Vormarsch schließlich zum Halten kommen wird.

Es ist eine eigentliche Katastrophe, die über die Streitkräfte der Vereinten Nationen hereingebrochen ist. Das Gericht, das wir von Anfang an über dem Frevel des amerikanischen Krieges in Korea schweben sahen (vergl. die September-Rundschau), hat sich damit früher zu erfüllen begonnen, als wir zu erwarten wagten. MacArthur aber, der die ihm anvertraute Armee in diesen Zusammenbruch hineingeritten hat, weiß nun keinen andern Ausweg mehr als die Zerstörung der Versorgungslager und Nachschublinien der Chinesen in der Mandschurei durch seine entsetzliche Luftwaffe, also den totalen Krieg mit China. Und in den Vereinigten Staaten erörtert man tatsächlich leidenschaftlich die Frage, ob ihm die Ermächtigung dazu nicht doch schleunigst gegeben werden müsse, ja ob jetzt nicht der Augenblick da sei, um gegen China — und womöglich auch gegen die Sowjetunion, den «Herd allen Übels» — die Atombombe einzusetzen, und auf diese Art nicht nur den «neuen Krieg» in Korea zu gewinnen, sondern gleich auch mit dem Kommunismus in Asien überhaupt ein für allemal Schluß zu machen.

Bankerott einer Politik Es liegt auf der Hand, daß es zu dieser unheimlichen Zuspitzung der Weltlage nicht hätte kommen müssen. Chinas Eingreifen hätte vermieden werden können, wenn die Vereinigten Staaten zu Beginn dieses Jahres endgültig mit Tschiang Kai-shek gebrochen und Formosa der Chinesischen Volksrepublik überlassen hätten, der es von Rechts wegen gehört, wenn das neue China in die UNO aufgenommen worden wäre, und namentlich wenn Präsident Truman, statt zu MacArthur zu fliegen und ihm würdelos zu schmeicheln, mit der nötigen Zivilcourage den gefährlichen Abenteurer rechtzeitig in den Senkel gestellt oder, noch besser, wegen Überschreitung — nicht des 38. Breitengrades, aber — der Altersgrenze entlassen hätte. Aber nichts von all dem geschah. China blieb, unter dem Druck Amerikas, aus der UNO ausgeschlossen. Die 7. USA-Flotte beschützte die «Nationalregierung» Tschiang Kai-sheks auf Formosa mit Waffengewalt. MacArthur arbeitete planmäßig auf die Wiederherstellung des alten Regimes in China hin. In Korea richtete er es sowieso wieder förmlich auf, entschlossen, den nordkoreanischen Staat gänzlich zu vernichten, das Land im Zeichen der feudal-kapitalistischen Gegenrevolution zu einigen und damit ganz Korea, dieses alte Einfallstor gegen China, fest unter die Kontrolle der Vereinigten Staaten zu bringen. Und die UNO-Mächte ließen ihm dabei gänzlich freie Hand, nur pro forma schüchterne Weisungen an MacArthur erteilend, über die sich dieser mit der bei ihm selbstverständlichen Anmaßung regelmäßig hinwegsetzte. Nicht ohne Widerspruch aus dem Publikum zwar. «Den Krieg um des rein politischen Zieles der Herstellung der Einheit des

Landes (Korea) fortzusetzen», schrieb der Labourabgeordnete Silverman im «Daily Herald», «ist nicht besser zu rechtfertigen als der ursprüngliche Angriff, der dasselbe Ziel verfolgte ... Solange wir MacArthur erlauben, bis an die chinesische Grenze vorzurücken, wäre es ein Irrtum anzunehmen, die Chinesen würden ihm keinen Widerstand entgegensetzen.» Aber irgendwelche Wirkung auf die Kriegführung hatten solche Warnungen natürlich nicht. Und da erwartete man, die Chinesen würden ruhig zusehen, wie die Mandschurei, die «asiatische Ruhr» und einzig vollindustrialisierte Provinz Chinas, von ihrem Todfeind unmittelbar bedroht werde? Es ist so, wie der konservative Londoner «Observer» (3. Dezember) schreibt: «Ohne ihre (der Mandschurei) Industrie kann China nicht zur wirtschaftlichen Blüte kommen. Ohne ihre Rohstoffe können die japanischen Industrien (über die Amerika gebietet. H. K.) nicht gedeihen. Ohne ihre Arbeitskräfte ist der russische Fernosten schwach und hat zu wenig Arbeiter. Die Bedeutung der Mandschurei ist der Schlüssel zu der gegenwärtigen Krise.»

Wenn man aber argwöhnt, das kommunistische China habe, im Zusammenspiel mit Rußland, sein Eingreifen in Korea von langer Hand vorbereitet, so muß man sich doch fragen, warum es dann nicht schon im Spätsommer eingegriffen hat, als ein paar zusätzliche Divisionen genügt hätten, um die Amerikaner vollends ins Meer zu werfen. (Die kindisch-primitive Vorstellung, die Chinesen gäben sich nur zum «Kanonenfutter für den russischen Imperialismus» her, verdient kaum mehr eine Zurückweisung. Daß die Sowjetunion und das neue China wirklich gemeinsame Interessen haben könnten, weil beides Länder sind, die sich aus Feudalismus, rohem Beutekapitalismus und imperialistischer Fremdherrschaft herausarbeiten, das kommt den Leuten, die mit solchen «Ideen» ihre Geschäfte zu machen glauben, offenbar nie in den Sinn.) Wie dem aber auch sei: Angesichts der brutalen Tatsachen, wie sie der Beauftragte der UNO in Korea und in Ostasien überhaupt geschaffen hat, helfen auch die heiligsten Versprechungen der amerikanischen Regierung und die schönsten UNO-Resolutionen über die Wahrung der chinesischen Interessen nichts mehr. *) Dies schon darum, weil sich die

*) Besonders widerwärtig war in dieser Beziehung die letzte Rede Achesons, die von Humanität und Christentum nur so troff. Dabei weiß man, daß der heutige Außenminister Amerikas sein Vermögen als Anwalt bedeutender kapitalistischer Geschäftsinteressen gemacht hat, und daß das Vermögen seiner Frau aus dem Alkoholgeschäft stammt (ihr Vater war Whiskyfabrikant in Kanada). Und dieser typische Mammonsdiener beansprucht jetzt, der Sache Gottes und des Menschen zu dienen! Aber was will man, wenn Achesons Chef, Präsident Truman, gleichfalls andauernd Gott im Munde führt, er, der nicht gezögert hat, den Abwurf der Atombombe über Japan zu befehlen, und nicht zögern würde, die Anwendung dieser Höllenwaffe auch gegen die Chinesen zu befehlen, wenn es ihm oder seinen Ratgebern zweckmäßig erschiene! Truman ist freilich kein großer Geschäftemacher wie sein Staatssekretär; er ist, wie man zu Recht gesagt hat, «nur ein Massenexemplar des heutigen amerikanischen Kleinbürgertums, das von den zehn Geboten und der Bergpredigt

Vermutung geradezu aufdrängt, daß, wie auch der Ostasien-Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2606) schreibt, «die Ende November unternommene Offensive (MacArthurs) bezweckte, die Verhandlungen zwischen London und Peking über die Schaffung einer ‚Pufferzone' durch vollendete Tatsachen überflüssig zu machen». Chinas Eingreifen war unter den gegebenen Umständen gar nicht mehr zu verhindern; es war die unausweichliche Folge der offen imperialistisch-antikommunistisch ausgerichteten Politik und Kriegführung MacArthurs und ihrer Duldung durch die Regierung der Vereinigten Staaten wie durch die anderen UNO-Mächte. Die Chinesen schlugen einfach zurück, als MacArthur mit gepanzerter Faust die Tür zu ihrem Haus einzuschlagen im Begriffe stand.

Das sieht man jetzt allmählich fast überall ein, wo man überhaupt sehen *will*. Was man bisher noch viel weniger klar sieht, das ist die Tatsache, daß MacArthur und seine Partei, im Sinn ihrer ganzen Machtpolitik, bereits das militärische Eingreifen Amerikas in Korea als solches herbeigeführt haben, daß also die Kriegführung des UNO-Generals *nur die logische Folge dieses Eingreifens war und damit dessen wahres Ziel endgültig enthüllt hat*. Dieses Ziel war durchaus nicht, wie sich die Welt einreden ließ, nur die Durchsetzung des Grundsatzes, daß sich ein militärischer Angriff nie wieder lohnen dürfe und der Friedensbrecher in seine Schranken zurückgewiesen werden müsse. MacArthur und die amerikanischen Aktivisten wußten es besser: Es galt nicht, eine Lage zu schaffen, in der mit den Nordkoreanern und Chinesen von gleich zu gleich über die Einigung Koreas verhandelt werden könnte; es galt, das kommunistische Nordkorea überhaupt zu zerstören und durch die Festsetzung Amerikas in Korea, auf Formosa und in Indochina dem roten China Schach zu bieten, ja die kommunistisch geführte nationale und soziale Revolution in Ostasien womöglich ganz zu ersticken. Das von den Vereinten Nationen durch die Losung von der kollektiven Friedenswahrung gedeckte kriegerische Eingreifen Amerikas in Korea war damit der folgenschwerste Fall der Anwendung jener Politik der gewaltsamen Eindämmung des Kommunismus geworden, die seit 1946 der Leitgedanke der Vereinigten Staaten auf dem internationalen Plan war und mehr und mehr auch zur fixen Idee Westeuropas wurde.

Und diese Politik hat nun in Korea zum ersten Mal in großem Stile Bankerott gemacht. Wohl ist Südkorea, das bereits kommunistisch besetzt gewesen war, vorübergehend wieder «befreit» worden — aber um welchen Preis! Walter Lippmann, der sonst so regierungstreue amerikanische Journalist, hat schon vor Monaten geschrieben:

---

ein paar Schlagworte aus der Schulzeit behalten hat, ohne sie mit geistigem Magensaft verdauen zu können, den Truman eben nicht besitzt». Aber *müssen* denn die amerikanischen Politiker wirklich immer fromme Redensarten machen? Ist solches Heuchlerchristentum nicht unendlich viel verderblicher als aller offen zur Schau getragene Atheismus der kommunistischen Machthaber?

«Was wir der Welt beweisen müssen, das ist, daß wir einem Land helfen können, ohne es zu zerstören ... Wenn der Sieg kommt, so wird es ganz zweifellos ein Pyrrhussieg sein. Und wenn die Operation von Erfolg gekrönt ist, wird der Patient gestorben sein. Wir werden nicht bewiesen haben, daß wir den Angriff eindämmen können, sondern nur, daß wir ein Land verwüsten können, wenn der Angreifer es in die Sklaverei zu führen versucht(!).»

Genau so ist es gekommen. Und die «Befreiung» selber, die die UNO den Südkoreanern gebracht hat, besteht darin, daß ihnen die alte Feudalknechtschaft aufs neue auferlegt wurde. Die wohlgenährten amerikanischen Soldaten haben in Wirklichkeit in Korea Krieg geführt, um die hungernden Reisbauern des Südens zu verhindern, eine Bodenbesitzordnung zu bekommen, die ihnen – Kommunismus hin oder her – erlaubt hätte, sich satt zu essen und *Menschen*, nicht bloß Arbeitskulis, zu sein. Das ist der Segen des aus so erhabenen «idealistischen» Beweggründen unternommenen Krieges in Korea. Ein amerikanischer Krieg gegen China vollends müßte, mit oder ohne Auftrag der Vereinten Nationen, erst recht zu einer Katastrophe führen. Er würde die Völker Asiens, unter chinesischer und russischer Leitung, zum wilden Abwehrkampf gegen die «freien Nationen» des Westens vereinigen und die Menschen- und Wirtschaftskraft auch Amerikas in hoffnungslosem Ringen erschöpfen, während die Wirtschaft West- und Südeuropas geradezu ruiniert würde, die Demokratie zusammenbräche, und der Kommunismus triumphieren müßte.

Nur aufgeschoben? Sicher ist jedenfalls schon heute, daß der pazifistisch verkleidete, in Wahrheit imperialistisch-gegenrevolutionäre Krieg gegen das kommunistische Nordkorea mit innerer Gesetzmäßigkeit, aus den Absichten seiner wahren Urheber heraus, die Menschheit bis hart an einen dritten Weltkrieg herangeführt hat. Und das ist ja bereits die schärfste Verurteilung der ganzen Politik des bewaffneten Antikommunismus, die hinter dem Koreaunternehmen steht. Man sollte darum meinen, der Zeitpunkt für eine grundsätzliche *Abkehr* von dieser Politik sei nun endgültig gekommen, wenn der bisher verfolgte Weg in ein paar Jahren nicht doch im Abgrund enden solle. In Wirklichkeit sind, vor allem in den Vereinigten Staaten, die antikommunistischen Leidenschaften bereits derart aufgepeitscht worden, daß gegen ihr Toben die Stimme der Vernunft kaum mehr durchzudringen vermag. Wie die «Neue Zürcher Zeitung» aus Washington berichtet,

«herrscht in der öffentlichen Meinung und teilweise auch im Kongreß die Tendenz vor, die Dinge in Korea militärisch auf die Spitze zu treiben. Die Stimmen mehren sich, die nach einer ‚Anerkennung' des Kriegszustandes mit China oder mit der Sowjetunion oder beiden rufen, ungeduldig den Abwurf der Atombombe fordern und darauf drängen, daß MacArthur erlaubt werde, die rückwärtigen Linien und Versorgungszentren der chinesischen Truppen in der Mandschurei zu bombardieren. Der General selber wird nicht müde diese Erlaubnis zu fordern.»

Auch der südkoreanische Kriegsminister hat die Vereinten Nationen dringend aufgefordert, schleunigst die Atombombe gegen China einzusetzen. Gegen diesen Wahnsinn hat sich nun freilich, insbesondere nachdem Präsident Truman die Entscheidung über die Anwendung der Atombombe in die Hände MacArthurs gelegt zu haben schien (was er hintendrein wieder bestritt), unter den europäischen Verbündeten Amerikas ein Widerstand erhoben, der zu einem eigentlichen *Aufstand* gegen die Abenteuerpolitik von Washington und Tokio zu führen drohte. Vor allem in England wurde an der Kriegführung MacArthurs, in gedämpfterem Ton aber an der Weltpolitik der Vereinigten Staaten überhaupt, in allen Lagern eine Kritik geübt, die nur aus der Gewißheit zu erklären ist, daß Großbritannien nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren hätte, wenn es sich in einen Krieg mit China oder gar mit Rußland hineinschleppen ließe. «Es herrscht», so stellt der «New Statesman» fest (2. Dezember),

«ein sehr allgemeines Einverständnis in allen Klassen, daß Mao Tse-tungs Revolution einem Lande, das jahrhundertelang ausgeplündert und schlecht regiert worden war, neue Hoffnung gebracht hat. Wenn sich die britische Regierung, und sei es auch noch so widerstrebend, in einen Krieg mit China hineinziehen ließe, so würde die jetzt vorherrschende Gleichgültigkeit großer Teile des britischen Volkes in eine aktiv kriegsgegnerische Stimmung umschlagen. Der Krieg würde nicht bloß die Labourbewegung von einem Ende zum andern spalten; er würde den ganzen Begriff eines demokratischen Sozialismus in Stücke schlagen.»

Noch verhängnisvoller müßte die offizielle Beteiligung an einem Krieg mit China auf *Frankreich* wirken, zumal schon der Kolonialkrieg in Indochina beim französischen Volke tief verhaßt ist und sich die Lage in Tonking neuerdings derart verschlechtert hat, daß ein militärischer und politischer Zusammenbruch durchaus in den Bereich des Möglichen gerückt ist.

Dieser westeuropäische Widerstand gegen amerikanische Unbesonnenheiten, der in dem dramatischen Flug Attlees nach Washington sinnfälligen Ausdruck gefunden hat, macht in den Vereinigten Staaten doch einigen Eindruck, wenn man dort auch die Versuche der als bloße Satelliten und Subventionsempfänger betrachteten Atlantikpaktgenossen zur relativen Selbständigmachung erstaunt bis empört zur Kenntnis nimmt, und die «Newyork Times» (2. Dezember) kühl gelassen meinte: «Wir nehmen die Aussicht auf einen neuen Krieg nicht auf die leichte Schulter, sind aber in dieser Beziehung gefaßter und entschlossener als Europa. Wir allein unter den demokratischen Ländern haben die Macht, einen Weltkrieg herbeizuführen oder anzunehmen.»

Aber wie schon gesagt: die bösen Geister, die eine bald fünfjährige Treibjagd gegen alles Kommunistische und auch nur entfernt Sozialistische im amerikanischen Volk aufgescheucht hat, werden sich schwerlich mehr bannen lassen. «Laßt alle Hoffnung fahren, was das Volk von USA betrifft», lese ich in einem Brief von drüben, der mich dieser Tage

erreicht hat. «Es hat sich nach und nach das Rückgrat brechen lassen, weil es den Anfängen nicht wehrte, überhaupt blind und taub war für des Teufels Drommeten, verliebt war in seine neuen Autos, Gefrierschränke und Waschmaschinen ... Die Gleichschaltung geschieht hier, wie ich glaube, viel freiwilliger und naiver als in Deutschland. Und das alles *nach* Hitler, der doch hier so viel Horror erregt hat! ... Die meisten verdienen mehr denn je, besonders die Arbeiter. Ihre Führer sind das Unerfreulichste, was man sich denken kann, und von Stolz über ihre Erfolge gebläht. Sie betonen immer ihre Verbundenheit mit den Unternehmern und ihrem Kriege. Hand in Hand fürs Vaterland!» An eine radikale, rettende Schwenkung der amerikanischen Volksmeinung, die, wenn je einmal eine, mit allen raffinierten Mitteln der modernen Propagandatechnik und des moralischen Terrors künstlich *gemacht* worden ist, ist darum auf absehbare Zeit gar nicht zu denken. Das unwahrhaftige Schlagwort von einem «neuen München», das es um jeden Preis zu vermeiden gelte, tut jetzt eben seine verheerende Wirkung und verhindert als angebliches Appeasement, als Erkaufung eines Scheinfriedens durch unmoralische Zugeständnisse, auch Maßnahmen wie die Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen oder die Freigabe Formosas, die nur recht und billig wären und noch heute dazu beitragen könnten, die Krise im Fernen Osten zu überwinden. *)

So wird es eben bei der amerikanisch-westeuropäischen Auseinandersetzung im besten Fall zu einem *Kompromiß* reichen. Man wird in den Vereinigten Staaten einsehen müssen, daß man für einen Totalkrieg mit China noch nicht gerüstet ist und höchstens einen «Teilkrieg», wie er jetzt allen Ernstes ins Auge gefaßt wird, mit Aussicht auf einen gewissen Erfolg wagen könnte. Mehr wird man den europäischen Verbündeten im Augenblick nicht zumuten können. Und das heißt, daß man eben vorderhand, unter dem Zwang der Umstände, Korea mindestens teilweise fahren lassen muß, dafür aber nur desto fieberhafter weiterrüsten wird, bis man sich stark und einig genug fühlt, um die Generalabrechnung mit dem Weltkommunismus doch zu riskieren.

Auf dieser Linie liegt denn auch die Vereinbarung, die Truman und Attlee in Washington soeben getroffen haben. Wenn sie dabei die Chinesen zu Verhandlungen über Korea einladen, so ist das allerdings etwas naiv (oder eben nur Propaganda). Denn nachdem Truman und Attlee in ihrer Schlußerklärung bemerkt haben, daß «das Ziel der Vereinten Nationen, nämlich ein freies und geeintes Korea» (so wie es MacArthur fast verwirklicht hatte), «auf dem besten Wege, erreicht zu werden», gewesen sei, aber ihnen trotz Anwendung aller militärischen Mittel wieder entglitten sei, verkünden sie, es müßten nun eben «alle

*) Sogar der Washingtoner Vertreter der «Neuen Zürcher Zeitung» findet jetzt (am 3. Dezember), «daß mit dem Begriff ‚München' nicht erst heute, sondern schon seit langem ein ungeheurer Mißbrauch getrieben worden ist». Späte Erkenntnis!

Anstrengungen gemacht werden, um die Ziele der Vereinten Nationen *auf friedlichem Wege* zu erreichen und das koreanische Problem auf der Grundlage eines freien und unabhängigen Korea zu lösen.» Ob das die Chinesen besonders ermuntern wird, am 38. Grad stehen zu bleiben und dann die *amerikanische* Lösung der Koreafrage am Verhandlungstisch anzunehmen? Es ist eher zu befürchten, daß die Chinesen unter solchen Umständen darauf beharren werden, die *ihnen* vorschwebende Einigung Koreas auf dem Gewaltweg zu suchen. Und das wird natürlich die Kriegskräfte auf westmächtlicher Seite erst recht aufreizen und stärken. Denn daß die amerikanischen Scharfmacher die Partie schon verloren gäben, davon ist selbstverständlich keine Rede. Sie gedenken bei der ersten Gelegenheit Revanche zu nehmen, und finden sich mit der Niederlage in Korea nur la rage au cœur ab, hoffend, daß über kurz oder lang auch die «schlappen» Westeuropäer in den gleichen antikommunistischen Taumel hineinhypnotisiert sein würden, der das amerikanische Volk schon jetzt kriegsreif erscheinen läßt. Einzig die unverzügliche Aufnahme Chinas in die UNO, also die Einleitung von Verhandlungen mit der Chinesischen Volksrepublik auf dem Fuße der *Gleichberechtigung* und der Verzicht auf die Stützung reaktionärer Regimes in Korea und auf Formosa, könnte eine solche Entwicklung vermeiden. Ohne das ist nicht abzusehen, wie wirkliche, verbindliche Abmachungen zwischen den Vereinten Nationen und China geführt werden könnten. Wenn freilich Amerika seinen falschen Stolz nicht zu überwinden vermag und die kommunistischen Chinesen nach wie vor nur als vorerst erfolgreiche Banditen behandeln will, mit denen man höchstens hinten herum verhandeln könne, dann hat es sich die Folgen durchaus selber zuzuschreiben.

„Zuerst Europa" Es ist menschlich begreiflich, daß die Amerikaner die Absprungsneigungen ihrer westeuropäischen Gefolgsstaaten bitter empfinden, nachdem diese bisher auf dem koreanischen Kriegspfad völlig solidarisch mitgegangen waren. **) Aber noch begreiflicher ist es, wenn England und Frankreich — von den anderen Ländern redet man überhaupt nicht — vor den Konsequenzen einer amerikanischen Ostasienpolitik zurückscheuen, deren Sinn und Tragweite ihnen erst jetzt allmählich aufzugehen scheint. Nur soll man jetzt nicht etwa wähnen, die westeuropäischen Mächte stünden im Begriff,

**) Man muß es schon als große Ausnahme ansehen, wenn das «Wallstreet Journal» mahnt, daß, «wenn wir unsere Alliierten behalten wollen, wir mehr tun müssen als versuchen, sie zu kaufen; wir müssen sie als wirkliche Partner behandeln, und nicht nur als Gefolgsleute. Das haben wir nicht getan. Die Entscheidung, die Hilfe für Korea in einen koreanischen Endkampf zu verwandeln, wurde in der Regierung getroffen, und zwar nicht nur ohne Beratung mit dem eigenen Land, sondern auch ohne Beratung mit andern Nationen. Wir haben es einfach getan, den anderen wurde gesagt, sie hätten zu folgen.»

sich von der *Grundrichtung* der amerikanischen Weltpolitik abzukehren. Soweit ist es noch lange nicht. Es ist nur *eine bestimmte Schule* des USA-Imperialismus, deren Lehren sie als gefährlich, ja in ihren praktischen Auswirkungen halsbrecherisch erkennen. Wir meinen die Schule derjenigen amerikanischen Geschäftsleute, Politiker und Militärs, die — sie sind besonders zahlreich in der Republikanischen Partei — einen dritten Weltkrieg für unausweichlich halten und ihn vor allem in *Asien* gewinnen wollen. Ihr Anliegen ist darum der Ausbau einer uneinnehmbaren militärischen Machtstellung im Pazifikraum, die Unschädlichmachung des kommunistischen China, dieses gefährlichsten Bundesgenossen der Sowjetunion, und die Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der sozialen und nationalen Umwälzung in Asien ganz allgemein.

Dieser Schule steht, wie man weiß, eine andere Richtung gegenüber, die mehr oder weniger diejenige der amtlichen amerikanischen Außenpolitik, aber auch des gegenwärtigen Wehrmachtsministers Marshall ist, und die sich mit der Tatsache des neuen China abzufinden bereit ist, ja dieses China, an der Seite Indiens, sogar ins westmächtliche Lager hinüberzuziehen hofft, eine vorsichtige Hilfeleistung an die zurückgebliebenen Länder befürwortet, im übrigen aber das Schwergewicht auf die Organisierung und Aufrüstung *Westeuropas* gegen die Sowjetunion legt. Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Richtungen — die sich natürlich mannigfach überschneiden — geht seit Jahr und Tag mit wechselndem Erfolg hin und her. Anfangs 1950 schien endgültig die «europäische Schule» durchgedrungen zu sein, die nach der verlustreichen Fehlanlage amerikanischen Kapitals in Tschiang Kai-sheks Unternehmung mit dem neuen China ins Geschäft zu kommen suchte und Korea schon fast abschreiben wollte. Der Angriff der Nordkoreaner auf den Südstaat brachte dann die «asiatische Schule» wieder obenauf, deren Einfluß durch die republikanischen Erfolge bei den jüngsten amerikanischen Wahlen weiter gestärkt wurde und, zusammen mit der zügellosen Demagogie der MacCarthy & Cie., die Regierung Truman veranlaßte, dem Draufgängertum MacArthurs die Bahn freizugeben. Und nun scheint der Zusammenbruch der Intervention in Korea einen neuen Rückzug der amerikanischen Imperiumsbauer vom asiatischen Festland notwendig zu machen und im Sinne der atlantischen Partner der Vereinigten Staaten die Hauptanstrengung Amerikas in verstärktem Maße auf Europa zu lenken. Die Politik des Containment, der Zurückdrängung der Sowjetunion durch militärischen und wirtschaftlichen Druck, soll fortan wieder in erster Linie von Westeuropa aus betrieben werden. «Man sucht die Sowjets dahin zu bringen, daß sie sich endgültig mit dem zufrieden geben, was sie schon haben, und — wenn man es auch nicht so deutlich sagt — auf bestimmte Gewinne verzichten, die sie gemacht haben; man möchte sie hinter ihre eigenen Grenzen zurückdrängen.» (Etienne Trocmé im «Christianisme Social», Novemberheft.)

Dazu soll namentlich auch die *große Aufrüstung* dienen, die mit amerikanischer Hilfe in Westeuropa ins Werk gesetzt wird. Die Militärausgaben der Vereinigten Staaten im laufenden Finanzjahr haben, mit den Kosten des Koreakrieges, schon jetzt die phantastische Summe von 41,8 Milliarden Dollar (etwa 180 000 Millionen Schweizerfranken) erreicht und werden in den nächsten Jahren kaum viel niedriger sein, wenn es gilt, die Rüstungsprogramme der westeuropäischen Staaten in die Wirklichkeit umzusetzen*). An ihrer Entschlossenheit, die Militärkraft des Atlantikbundes auf eine Höhe zu bringen, die hinter derjenigen der Sowjetarmeen nicht mehr zurückstehe, sind sich Attlee — der zugleich im Namen Frankreichs auftreten konnte — und Truman jedenfalls durchaus einig gewesen; England wird im Rahmen ihrer Vereinbarung im Laufe des nächsten Jahres den größten Teil seiner neuaufzustellenden Divisionen nach Deutschland werfen, und die Frage scheint nur mehr die zu sein, wie weit es von Amerika auch wirtschaftlich unterstützt wird, um über die neue, ernste Krise hinwegzukommen, die ihm aus seiner außerordentlichen Rüstungsanstrengung zu erwachsen droht. *Keine* Frage ist es für uns, daß dieses ganze Wettrüsten innert verhältnismäßig wenig Jahren geradewegs in einen dritten Weltkrieg hineinführen wird. Kein Land kann das Gewicht seiner Riesenrüstung lang aushalten, ohne dadurch in den Kriegswirbel hinuntergezogen zu werden. Aus psychologischen Gründen nicht — jede Rüstung will erprobt werden —, aber auch nicht aus wirtschaftlichen Gründen. Schon jetzt macht, als Folge der Masseneinkäufe von Rüstungsmaterial und der gesteigerten Kriegsproduktion, die Inflation überall bedenkliche Fortschritte. Dazu wird der Steuerdruck zunehmen und besonders in den nicht für den Militärbedarf arbeitenden Lohnverdienerschichten die Lebenshaltung spürbar absinken — ja wie lange, glaubt man, könne diese Lage gehalten werden, ohne daß eine Stimmung entsteht, die den Herrschenden den Krieg als einzige Rettung vor der Revolution erscheinen läßt? Und das wird dann der Krieg «zur Eindämmung des Kommunismus» sein! Oh Tollheit aller Tollheiten! Nicht zu reden von dem unsinnigen Glauben, die Westmächte könnten in vier oder fünf Jahren genug Divisionen aufstellen, um die Sowjetunion, deren osteuropäische Gefolgsstaaten und das neue China zu zerschlagen, wo sie heute nicht einmal Korea zu erobern und zu halten vermögen?

---

*) Seit das geschrieben wurde, hat nun also Präsident Truman den nationalen Notstand für die Vereinigten Staaten verkündet. Unter diesem Regime, das bisher in Friedenszeiten noch nie eingeführt wurde und das Kriegsfieber erst recht steigern muß, soll die Rüstungsproduktion vervielfacht und beispielsweise die Zahl der Flugzeuge innert einem Jahr auf das Fünffache, die der Kampfwagen auf das Vierfache erhöht werden. Gleichzeitig soll die Zahl der mobilisierten Männer und Frauen von heute zweieinhalb auf vorerst einmal dreieinhalb Millionen gebracht werden — alles mit der greifbar unwahren Begründung, daß «unsere Heimstätten, unsere Nation und alles, was uns teuer ist und woran wir glauben», in großer Gefahr sei. (17. Dezember.)

Die neuen Bundesgenossen Im Blick auf diese Zukunftsaussichten erscheint die *Wiederaufrüstung Westdeutschlands* besonders gefahrenträchtig. Frankreich hat ja nunmehr, wie von vornherein zu erwarten war, seinen Widerstand gegen die Bildung einer westdeutschen Truppenmacht endgültig aufgegeben, trotz etwelchem Murren der Sozialisten, das aber durch den Appell an ihren bewährten Antikommunismus bald beschwichtigt wurde. Die Vereinigten Staaten und England durften ihm ohne Gewissensbisse das Zugeständnis machen, daß nicht ganze westdeutsche Divisionen aufgestellt werden sollen, sondern nur «Kampfverbände» von 5000 bis 6000 Mann, deren Gesamtstärke auf einen Fünftel der alliierten Streitkräfte in Europa beschränkt bleiben müsse. Einen deutschen Generalstab oder einen deutschen Kriegsminister soll es vorerst nicht geben, wie auch die Rekrutierung von deutschen Mannschaften von einer zivilen Behörde, wahrscheinlich dem Arbeitsministerium, vorgenommen werden soll. Von der Aufstellung einer europäischen Armee aber und der Vereinheitlichung der westeuropäischen Kohlen- und Stahlindustrien als Bedingung von Frankreichs Zustimmung zur Bildung einer westdeutschen Armee (Plan Pleven) ist keine Rede mehr; Hauptsache bleibt, daß den Westdeutschen so schnell als möglich wieder die Waffen in die Hand gedrückt werden, die man ihnen soeben erst mit so viel Opfern und Mühen entwunden hat.

Es ist nur folgerichtig, wenn Herr Adenauer die so geschaffene Lage zu neuen Erpressungen ausnützt und nun von den Alliierten verlangt, sie müßten jetzt das Besetzungsregime vollends ganz aufheben und mit Westdeutschland auf dem Fuße der vollen Gleichberechtigung beider Teile einen «Sicherheitsvertrag» abschließen, der unter den obwaltenden Umständen einem eigentlichen Friedensvertrag gleichkäme. Die Westmächte werden natürlich auch diesem Begehren nachkommen; die ganze Logik ihrer Europapolitik drängt ja unwiderstehlich darauf hin, daß Deutschland feierlich rehabilitiert, seine wilhelminisch-hitlerische Vergangenheit vergessen und die klerikal-reaktionäre Bonner Republik mit allen Ehren in die Gemeinschaft der «freien Nationen» aufgenommen wird, kein halbes Dutzend Jahre nach der zweiten Zerschlagung des deutschen Militärapparats. Dabei ist die Gefahr wirklich riesengroß, daß die Macht in Westdeutschland aufs neue den radikalen Nationalisten und Militaristen in die Hand gespielt wird. Ja, es mag sogar herauskommen, wie es der «New Statesman» befürchtet:

«Nach zwei oder drei Jahren wird irgend ein deutscher General, der die Rolle eines europäischen MacArthur übernimmt, zum Marsch auf Königsberg antreten, unter dem Deckmantel einer UNO-Aktion zur Zerschlagung einer Angriffshandlung; und dann wird die militärische Fassade mit der gleichen verrückten Unausweichlichkeit zusammenbrechen, wie das im Fernen Osten der Fall gewesen ist.»

Wie gerechtfertigt diese Befürchtung ist, geht auch aus einem Artikel von Walter Lippmann hervor, der nach einem Aufenthalt in Westdeutschland u. a. schreibt: «Nur zum Zwecke der Wiedervereinigung Deutschlands und zur Rückeroberung der

verlorenen Gebiete könnten die enttäuschten deutschen Massen zum Kampfe gebracht werden.» Einer der hervorragendsten lebenden Deutschen habe ihm gesagt: «Wir glauben, daß Rußland einem Krieg mit Amerika ausweichen möchte und uns deshalb nicht angreift. Vielleicht haben wir unrecht. Wenn dies der Fall ist, so würden uns zehn Divisionen auch nichts nützen. Wenn wir aber recht behalten, dann können wir eine deutsche Armee aufbauen, die zusammen mit den amerikanischen und englischen Streitkräften (wir rechnen nicht mit den französischen) Ostdeutschland entweder durch einen Krieg oder durch Kriegsdrohung zu befreien vermöchte.» Offener und zynischer kann man nicht sein. Die Westdeutschen (oder doch ihre Politiker) halten also eine neue deutsche Wehrmacht keineswegs für nötig, um sich gegen einen russischen Angriff zu verteidigen, wie sie das in der Öffentlichkeit immer behaupten; sie möchten vielmehr *ihrerseits* angreifen, im Verein mit den Westmächten, und die verlorenen Ostprovinzen zurückerobern. Genau wie Hitler mit voller Zustimmung des deutschen Volkes auch losgeschlagen hat, um Danzig und den polnischen Korridor zurückzuerobern!

Natürlich kann bei dieser Sachlage die von der *Sowjetunion* anbegehrte Konferenz über die dauernde Entwaffnung Deutschlands nur mehr den Sinn eines Schauspiels für die Galerie haben, auch wenn die Westmächte, wie es scheint, der Form halber auf den Vorschlag eintreten wollen. Westdeutschland wird aufgerüstet — das ist jetzt das Programm der Alliierten, und davon werden sie sich um keinen Preis mehr etwas abmarkten lassen. Und das deutsche *Volk*? Nimmt es das ihm zugedachte «Geschenk» einfach gehorsam an? Man möchte gern hoffen, daß die kürzlichen Wahlen in Hessen, Württemberg-Baden und Bayern, die die Sozialdemokratie zur stärksten Partei in all diesen Ländern gemacht haben, ein Zeichen des Widerstandes gegen die Wiederaufrichtung der deutschen Wehrmacht seien. Aber der Verdacht scheint trotzdem nicht unbegründet, daß auch viele unentwegt militärfreudige Deutsche der Partei des Herrn Schumacher gestimmt haben, der eben die «nationalen» Bedingungen für die Schaffung einer westdeutschen Armee am schärfsten formuliert und erst neulich wieder offen erklärt hat, die Deutschen dürften ihrer Wiederbewaffnung nur zustimmen, wenn «die aufzustellende europäische Streitmacht stark genug sei, um bei Ausbruch eines Krieges im Gegenstoß *Berlin und die deutsche Ostzone zu befreien*». Im übrigen hat bei den Wahlen in Berlin die Sozialdemokratische Partei einen empfindlichen Rückschlag erlitten, der dann von den Regierungsparteien auch sofort als Kundgebung für die Aufrüstung in *ihrem* Sinn ausgelegt wurde. Und doch wäre es jetzt so entscheidend wichtig, daß das deutsche Volk den Dienst in einer westmächtlichen «Befreiungsarmee» unter allen Umständen verweigerte. Denn *wenn* es zum Krieg zwischen Ost und West kommt — und zu seinem Ausbruch würde eine deutsche Wiederaufrüstung wesentlich beitragen —, so wäre ja Deutschland sicher sein erstes Opfer. Wenn aber Westdeutschland nicht mithülfe, Europa zu militarisieren, so könnte die ins Auge gefaßte «Generalabrechnung mit dem Kommunismus», so wie die Amerikaner sie verstehen, von vornherein nicht stattfinden.

Inzwischen haben die Westmächte freilich noch einen weiteren, nicht unwichtigen Bundesgenossen angeworben: *Jugoslawien*. Um die Gefahr einer Hungersnot in diesem Lande zu bannen, haben ihm die Vereinigten Staaten die erste Rate einer großen Anleihe bewilligt — freilich nicht aus uneigennütziger Menschenfreundlichkeit, sondern, wie es in dem Darlehensvertrag heißt, «in der Absicht, die Schwächung ihrer (der Jugoslawen) Landesverteidigung zu verhindern». Der *militärische* Charakter des Abkommens wird durch die Verpflichtung Jugoslawiens zur Lieferung «strategischer Rohstoffe» an Amerika noch unterstrichen, und es ist wirklich keineswegs übertrieben, wenn man feststellt, daß Jugoslawien nunmehr endgültig ins Lager der Westmächte übergegangen ist.

Natürlich triumphieren jetzt die Kominformpolitiker: «Seht, da haben wir nun den unwiderleglichen Beweis für Titos Verrätergesinnung!» Aber in Wahrheit haben sie ja selber alles getan, um Jugoslawien in die Arme der Vereinigten Staaten zu treiben. Von der Sowjetunion nur als gehorsamspflichtiger Vasall behandelt und von den Ostblockländern wirtschaftlich seit zwei Jahren boykottiert, glaubte Jugoslawien eben keine andere Wahl mehr zu haben, als im Westen die Hilfe zu suchen, die man ihm im Osten verweigerte. Das muß man unbedingt verstehen. Und doch fragt man sich mit Schmerz, ob Jugoslawien recht getan habe, daß es sich an Amerika förmlich verkaufte. Wenn es sich amerikanischer Kontrolle über die Verwendung der ihm zu liefernden Lebensmittel unterwarf, so war das vielleicht nicht zu umgehen. Aber muß auch der jugoslawische Vertreter im Sicherheitsrat, entgegen seiner anfänglichen Haltung, bei der Behandlung der Korea- und der Formosafrage die Geschäfte Amerikas besorgen? Ist es nötig, daß in der jugoslawischen Öffentlichkeit jede Kritik an der wahrlich über Kritik keineswegs erhabenen Politik der Westmächte unterdrückt wird? Muß wirklich immer nur auf die Sowjetunion losgedroschen und ihre *ganze* Politik, im Innern wie nach außen, verlästert werden? Und ging es denn gar nicht anders, als daß sich Jugoslawien nun auch dem korrupt-reaktionären Griechenland anbiederte und die freundschaftlichen Beziehungen mit diesem seinem sympathischen Nachbarn in aller Form wieder aufnahm? Es ist schwer zu glauben. Aber es ist Tatsache, daß sich Jugoslawien auf einen mehr als bedenklichen Weg begeben hat. Im Westen herrscht darob begreiflicherweise unverhohlene, wenn auch mit Verachtung über so viel Selbstwegwerfung gemischte Genugtuung. Nur ist es keineswegs sicher, ob die antisowjetische Welt an ihrem neuesten Bundesgenossen viel Freude erleben wird. Jugoslawien ist schließlich immer noch ein kommunistischer Staat, dessen Führer auf Marx und Lenin schwören — es sei denn, daß sie auch dieses Glaubensbekenntnis gegen den porto- und spesenfreien Bezug der «amerikanischen Lebensform» eintauschen . . .

Der Kampf um den Frieden Man wird es mir wohl mit Rücksicht auf den begrenzten Raum, der unserer Zeitschrift zur Verfügung steht (und der auch wiederum die Veröffentlichung einer Schweizerischen Rundschau unmöglich macht), erlassen, auf weitere Einzelgeschehnisse und Entwicklungen der Berichtszeit einzutreten: auf die — recht fragwürdige — Schaffung eines eigenen Staates Libyen, auf die neue Spannung zwischen Ägypten und Großbritannien, auf die wirtschaftliche und politische Krise in Israel und anderes, so bemerkenswerte Züge damit auch dem Gesamtbild der Weltlage eingefügt werden könnten. Ein kurzes Wort muß aber doch noch zu dem in Warschau abgehaltenen *Weltkongreß der Friedenskämpfer* gesagt werden, weil uns das in den Mittelpunkt unseres eigenen Friedenskampfes zurückführt.

Man hat auf bürgerlich-sozialdemokratischer Seite wie in den kirchlichen Gemeinschaften fast aller Richtungen diesen Kongreß aufs härteste kritisiert und verketzert. Sehr zu Unrecht! Denn was man auch gegen die Bewegung der Friedenskämpfer mit gutem Grund einwenden mag — in *einer* Hinsicht stellt sie unzweifelhaft einen wirklichen, höchst notwendigen Fortschritt über die bisherigen pazifistischen Bestrebungen hinaus dar: sie begnügt sich nicht, wie die meisten von ihnen, mit abstrakt-idealistischen, wenn nicht geradezu utopischen Friedenslosungen, sondern zeigt ganz realistisch die *konkrete* Kriegsgefahr unserer Zeit auf, die auf entscheidende Weise im zerfallenden, um seine bare Weiterexistenz kämpfenden Spätkapitalismus und Feudalismus beschlossen liegt. Und sie ruft die Völker zum Widerstand gegen diese Kräfte auf wie auch zur Schaffung einer neuen, sozialistischen Ordnung des internationalen Zusammenlebens, in welcher der Krieg keinen Platz mehr hat.

Damit ist jener aus bürgerlich-liberalistischem Denken geborene Begriff eines formalen «Friedens durch Recht» — im Sinn eines bloß *juristischen* Rechtes — grundsätzlich überwunden, der den entscheidenden Zusammenhang zwischen *sozialer* Gerechtigkeit und Völkerfrieden verkennt und schon zum Versagen des alten Völkerbundes so wesentlich beigetragen hat. Wie die Ereignisse lehren, spielt er nun auch in der Organisation der Vereinten Nationen wieder seine verhängnisvolle Rolle, insofern er dazu geführt hat, daß die Friedensschaffung an der mehr technischen Tatsache der Kriegsauslösung durch die Nordkoreaner hängen blieb und daraus einen Angriff eines selbständigen Nationalstaates gegen einen andern selbständigen Nationalstaat konstruierte, statt darin vor allem einen Revolutionskrieg der einen Landeshälfte gegen die andere innerhalb ein und desselben Gesamtstaates zu sehen, den beide Hälften durchaus als Einheit empfanden, so sehr, daß ja auch Südkorea nahe daran war, die nationale Einigung durch kriegerische Gewalt — in diesem Fall wäre es gegenrevolutionäre Gewalt gewesen — zu suchen. Die Lösung der Koreafrage ist dadurch auf ein

ganz falsches Geleise geschoben und unendliches Unheil angerichtet, ja die Gefahr eines neuen Weltbrandes heraufbeschworen worden. Auf dem Boden der Anschauung, die der Bewegung der Friedenskämpfer eigen ist, sind solche Fehlleistungen unmöglich, und darum anerkennen wir das Recht, das in ihr steckt, ebenso gern, wie wir die praktischen Vorschläge des Warschauer Kongresses für die Überwindung der *unmittelbaren* Kriegsgefahr in wesentlichen Teilen gutfinden.

Aber freilich, die «Friedenskämpfer» wollen gleichzeitig die von ihnen gekennzeichneten Kriegsmächte, falls sie wirklich zum Schlag ausholen sollten, ihrerseits wieder mit dem alten Mittel der kriegerischen Gewalt abgewehrt wissen.*) Und da können wir nun nicht mehr mitgehen. Dies vor allem darum, weil die Rüstung auf einen gewaltsamen Austrag der Völkergegensätze, auch wenn sie völlig ehrlich als Verteidigung gegen einen befürchteten Angriff gemeint ist, statt zur Fernhaltung des Krieges, gerade zu seiner Herbeiführung dient. Aber auch darum, weil die allgemeine, im Wesen jeder Kriegsrüstung liegende Gefahr noch gesteigert wird durch den *besonderen* Gewaltglauben, der dem modernen Kommunismus insofern eigen ist, als er sich bereits die Austragung der *Klassen*gegensätze nur mit dem Mittel körperlicher Gewalt und durch eine straff militärisch-zentralistisch organisierte Aufstandsbewegung vorstellen kann. Aus dieser Vorstellung stammt die weit über das übliche Maß hinausgehende ewige Furcht vor einem auswärtigen Angriff, wie sie die sowjetrussische Haltung kennzeichnet; ihr entspringt die Hinnahme eines grundsätzlich feindseligen Verhältnisses zwischen der kommunistischen und der nichtkommunistischen Welt als des Normalzustandes, die krankhaft mißtrauische Absperrung des eigenen Landes gegen fremde Einflüsse, die Aufrechterhaltung eines unbarmherzigen Diktatursystems im Innern als vermeintlichen Schutzes gegen außen und die Schmiedung eines eisernen Sicherheitsringes von abhängigen Gefolgsstaaten um die Sowjetunion herum, die sich dahinter vor einer neuen westlichen Invasion wenigstens relativ geschützt glaubt. Mit all dem wird die Sowjetunion selbst zu einer Ursache der internationalen Anarchie, deren letztes Wort der Krieg ist, sodaß es unmöglich wird, ihre Politik einfach mit der Sache des Friedens (und diejenige der Westmächte mit derjenigen des Kriegs) gleichzusetzen, wie das in der Bewegung der Friedenskämpfer gewöhnlich geschieht.

Es erscheint auf alle Fälle aussichtslos, die westlichen Völker dafür gewinnen zu wollen, daß sie Geschmack an solcher Schwarz-Weiß-Malerei finden. Es ist erfahrungsgemäß überhaupt unmöglich, eine gemeinsame Weltmeinung darüber herzustellen, wo konkret die aus-

*) Eine von Radio Moskau (5. Dezember) verbreitete Erklärung des chinesischen Komitees zur Verteidigung des Friedens besagt u. a., die Hilfe Chinas und seiner «Freiwilligen» an die koreanische Volksarmee entspreche vollständig dem Geiste der Beschlüsse des zweiten Weltfriedenskongresses in Warschau.

schlaggebenden Kriegskräfte sitzen und wer in einem bestimmten Fall der Angreifer, wer der Verteidiger ist; der Krieg in Korea hat das neuerdings sehr überzeugend erwiesen. Solange der Verteidigungskrieg als gerecht gilt, wird das Streben der Regierungen und der von ihr beeinflußten öffentlichen Meinung immer dahin gehen, den *andern* als den Bösewicht anzuprangern, der auf Angriff sinne, und das eigene Land gegen die behauptete Drohung zu sichern. So kommen wir niemals entscheidend weiter. Wollen wir uns nicht dauernd im Kreise herum bewegen, so bleibt uns nichts anderes übrig als uns darauf zu einigen, daß wir *unter keinen Umständen und mit keiner Begründung zur bewaffneten Landesverteidigung greifen werden, wo wir auch die Kriegsgefahr oder den Angreifer sehen mögen.* Wir werden uns zwar nach bestem Wissen und Können bemühen, die wirklichen Kriegs*ursachen* herauszufinden und zu ihrer Überwindung beizutragen, aber gleichzeitig werden wir immer auch dem Krieg an und für sich, der mechanisierten Menschenabschlachtung großen Stils «im Dienste des Vaterlands», zu Leibe gehen und uns weigern müssen, an seiner Vorbereitung teilzunehmen.

Die rechte Wehr Das schließt folgerichtig die Bereitschaft auch zur *einseitigen* Abrüstung in sich, drohen doch alle Versuche, eine *vereinbarte* Abrüstung herbeizuführen, an der wechselseitigen Furcht der Völker zu scheitern, sie könnten durch eine Beschränkung ihrer Rüstungsfreiheit einem allfälligen Angreifer gegenüber in schwersten Nachteil kommen. Die Russen zum Beispiel wollen keine internationale Kontrolle über die Herstellung von Atombomben annehmen, solange die Amerikaner ihren überlegenen Besitz an Atombomben behalten dürfen und während der langwierigen Verhandlungen über die Einrichtung einer internationalen Kontrolle jederzeit von diesem ihrem Vorsprung Gebrauch machen können. Die Westmächte anderseits wollen sich unter keinen Umständen von der Durchführung ihres großen Rüstungsprogramms abhalten lassen, weil nach ihrer Meinung eine gleichmäßige Abrüstung aller Armeen die heutige Überlegenheit der Roten Armee über die alliierten Streitkräfte in Europa stabilisieren würde — ein Fehlschluß übrigens, ist doch die Sowjetunion, besonders im Verein mit China, durchaus imstande, mit der ferneren Aufrüstung des Westblocks Schritt zu halten, wahrscheinlich sogar unter geringeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten als Frankreich, England und Westdeutschland.

Es ist darum René Bovard zuzustimmen, wenn er an einer Versammlung der Friedenskämpfer in Genf sagte:

«Wenn die eine oder andere der beiden Großmächte so kühn wäre und zuerst abrüstete, sich wehrlos machte und auf alle Sicherungen verzichtete, dieweil sie am meisten zu fürchten wäre, nur geleitet von höheren Gefühlen und einem tieferen Verständnis der Politik — die ganze Welt sähe das Morgenrot eines wahren Frie-

dens heraufdämmern. Dieser Vorschlag erscheint in den Augen eines Politikers, der sich für einen ‚Realisten' hält, zweifellos lächerlich; aber wenn man sieht, wohin uns die Ernsthaftigkeit der Realpolitiker führt, kommt man auf den Gedanken, daß man vielleicht gerade das Gegenteil von dem tun muß, was sie sagen.»

Wenn solche Stimmen, und überhaupt von der kommunistischen Linie abweichende Ansichten, nicht auch in Warschau mehr zu hören waren, so ist das die Schuld derer, die den Kongreß aus der freieren Luft Englands vertrieben und ihn stärker unter Kominformeinfluß gebracht haben, als das seine Veranstalter selbst gewollt hatten. Was hält uns aber davon ab, die Losung vom unbedingten Widerstand gegen jeden Krieg und jede Kriegsvorbereitung immer machtvoller in die Völkerwelt hineinzurufen? Fürchten wir, als feig und unmännlich, als vaterlandslos und als Schrittmacher des Kommunismus zu gelten? Dann sagen und beweisen wir doch unseren Tadlern, daß wir einen *besseren* Weg kennen als den der Gewalt, um das Böse in der Welt zu überwinden. «Wenn wir nicht wollen», so schreibt Maurice Voge im «Christianisme Social» (Nr. 7—9, 1950),

«daß die Länder unter passiver Mitschuld der Menschen immer weiter rüsten, müssen wir *andere wirksame Mittel ausfindig machen,* um Gerechtigkeit zu schaffen und unsere Freiheit zu bewahren. Heldenhafte Mittel, bei denen man nötigenfalls sterben kann, ohne zu töten. Obliegt es nicht im besonderen den Christen, in der Gefolgschaft Gandhis solche Methoden individueller und kollektiver Art auszuarbeiten, die imstande sind, der Gerechtigkeit eine Kraft zu geben, die die Gewalt unnötig macht, die die Unterdrückung fernhält? Das ist doch die einzige Art, wie man die mögliche russische Gefahr abwehren kann, ohne in einen antikommunistischen Totalismus zu verfallen und sein Menschentum preiszugeben.»

Die einzige Art, so fügen wir gewiß im Sinn unseres Freundes Voge bei, wenn sie mit dem Willen verbunden ist, die soziale Umwälzung in *unserem,* im christlichen und freiheitlichen Geist herbeizuführen, aber nicht minder leidenschaftlich, radikal und opferbereit, als die Kommunisten das tun. Dies gerade auch im Blick auf den Krieg im Fernen Osten. Machen wir uns doch endlich von der lächerlichen Vorstellung frei, als genüge es, ein paar hundert Millionen Dollar in die rückständige Wirtschaft der asiatischen Länder hineinzupumpen und ihnen die äußeren Formen der westlichen Bürgerdemokratie aufzupfropfen, um sie den Klauen des «Tieres aus dem Abgrund» zu entreißen! «Diese Völker befreien zu wollen», sagt der «New Statesman» mit nur zuviel Recht, «aber gleichzeitig die Macht in den Händen einer kleinen Grundbesitzer- und Händlerschicht zu belassen und dann diese korrupten Herrschaftsformen mit Bergen von Dollars zu stützen, heißt lediglich den Klassenkampf verschärfen und den Kommunismus fördern . . . Wenn der Kommunismus nicht jedes rückständige und rechtlose Volk erfassen soll, dann müssen wir bereit sein, ihm zuvorzukommen und die soziale Revolution selbst an die Hand zu nehmen.»

Sind wir bereit? Sind wir im vollen Ernst gewillt, die von Grund auf neue Ordnung menschlichen Zusammenlebens, nach der unsere Welt schreit, anzubahnen und so weit zu fördern, als das überhaupt möglich ist, hier und jetzt, in Europa wie in Asien und Afrika? Wenn nicht, was für ein Recht haben wir dann, den Frieden zu erwarten, den die Engel den Menschen *guten Willens* verheißen haben, und der immer nur die Frucht der Gerechtigkeit sein kann — der *sozialen* Gerechtigkeit, die zu erfüllen wir so überdeutlich vernehmbar aufgerufen sind?

13. Dezember. *Hugo Kramer.*

Zum Jahreswechsel

Als was das Jahr 1950 in die Geschichte eingehen wird, ob als eine Schwelle zum Wahnsinn und zur Vernichtung oder als eine geöffnete Tür in eine hellere Zeit, als ein Stalingrad des Friedens etwa, wissen wir nicht. Wir haben das Jahr hindurch zu lauschen versucht auf die drohenden und vor allem auch auf die verheißungsvollen Stimmen und Zeichen der Zeit. Wir haben auch eine Stimme erheben dürfen in diesem gewaltigen Chor, sind so von außen her bewegt worden und haben Bewegung weitergeben können. Wenn eine Stimme ergehen soll, so ist zweierlei dazu als Voraussetzung nötig: Ein Ziel ist nötig, auf das der vorwärtsgerichtete Blick schaut, und ein Grund ist nötig, der das Organ trägt, ein Fundament, eine gute Erde, auf der man steht. Das erste ist die Botschaft vom Reich des Lebendigen, auf das wir schauen und von dem wir uns zunächst zur Selbstkritik, zur Überprüfung eigener Positionen leiten lassen, damit die Kritik, die wir sonst zu üben haben, eine wahrhaftige sein könne; das zweite ist die Hilfe aller derer, die durch ihre opferwillige Bereitschaft unsere Zeitschrift getragen haben und weiter tragen.

Für beides wollen wir danken und unsere Leser um ihre weitere Treue zur Sache und ihre Mithilfe bitten, damit der Kreis, den unsere Zeitschrift erreicht, wachsen möge. Die schon in der letzten Nummer angekündigte Karte für die Angabe von Adressen, an die wir Probenummern senden dürfen, liegt nun dieser Nummer bei.

Daß wir ein Ziel haben, welches uns lebendig erhält und vor sektenhafter Erstarrung bewahren will, und daß wir als tragenden Grund die opferwillige Mithilfe vieler Freunde haben, läßt uns trotz allem, was in der Welt wie bei uns im abgelaufenen Jahre geschehen ist, dankbar sein. So grüßen wir mit dieser Bitte und vor allem mit diesem Dank zum Jahreswechsel unsere Leser herzlich. *B. B.*